

IWS
Initiative Wirtschaftsstandort OÖ

INITIATIVE WIRTSCHAFTSSTANDORT OBERÖSTERREICH | SONDERAUSGABE | OKTOBER 2025

Foto: Weihbold

Umverteilung im Land? F: Weibold

Europas geopolitische Rolle: Aktiv mitgestalten!

Hoffnung gründet auf Werten und Haltung – Europa als Garant für Stabilität

Gedenkjahre sind wichtig und wertvoll, wenn man nicht nur zurückdenkt und sich erinnert, sondern aus der Vergangenheit auch Schlüsse zieht für die Zukunft.

80 Jahre seit Kriegsende bedeuten Frieden für Österreich, ein Frieden, den wir nicht hoch genug einschätzen können und würdigen sollten.

70 Jahre in Freiheit, auch hier sollten wir in Dankbarkeit zurückdenken an die Persönlichkeiten, die dies maßgeblich bewerkstelligt und die Chance der Geschichte genützt haben.

30 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeuten neben den überwiegend außerordentlich positiven Daten und Fakten, wie z. B. 800.000 neue Arbeitsplätze, vor allem unsere Eingebundenheit in die europäische Familie, die für uns Österreicher immer auch ein geschichtlicher Auftrag gewesen ist.

Aber was nützen die Blicke in den Rückspiegel, wenn wir nicht auch nach vorne durch die Windschutzscheibe unseres Gefährts schauen? Die Welt ist im Umbruch, nichts was gestern noch gültig war, hat heute noch Bestand, Autokratie ist im Vormarsch gegen Demokratie, Polarisierung steht gegen Konsenssuche, Intoleranz in der wechselseitigen Kommunikation anstelle einer argumentativ unterlegten wertschätzenden Streitkultur.

Kriege wie in der Ukraine oder in Nahost, deren Ende nicht absehbar ist, belasten uns. Die Vereinten Nationen sind durch Blockaden im Sicherheitsrat gelähmt, die Europäische Union durch das Einstimmigkeitsprinzip nicht imstande, die in unserer Zeit dringend erforderliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu erlangen. Europa fällt sichtbar und spürbar zurück, ander



Christoph Leitl sieht in Europas Geschichte eine Hoffnung für die Zukunft in Demokratie und Freiheit.

Foto: Weihbold

SPARZWÄNGE GEMEINSAM BEWÄLTIGEN

Was macht eine österreichische Familie, wenn das Haushaltsgeld nicht reicht? Stimmt: Zusammenrücken und überlegen, wie alle miteinander die Krise meistern können! Für den Staat gilt das Gleiche. Es ist eine gute österreichische Tradition, dass Gewerkschaft und Unternehmer gemeinsam an einem Strang ziehen, auch wenn sie manchmal dafür gescholten wurden. Wenn es um Arbeit, Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung und um das Staatsganze geht, haben die Sozialpartner immer zusammengearbeitet. So auch jetzt: Abschluss vernünftiger Kollektivverträge, damit unsere Betriebe wieder international wettbewerbsfähig werden. Damit sie investieren können und von der Langsam- wieder auf die Überholspur kommen. Die gute alte Sozialpartnerschaft ist auch heute die bessere Lösung für schlechtere Zeiten.

Ihr

Christoph Leitl

re übernehmen das Kommando und sind standortstrategisch ebenso wie geopolitisch eindeutig besser aufgestellt.

Was ist zu tun? Verzweifeln oder Hoffnung schöpfen? Aber Hoffnung worauf? Genau darum geht es: Unsere Hoffnungen sind die Begabungen und die Talente unserer Menschen, Geist und Geschicklichkeit, Kreativitäts- und Kooperationskompetenz, auf der Basis unserer äußerst mühevoll errungenen

Grundwerte und Haltungen. Unsere Geschichte hat uns schlimme Lektionen erteilt, unsere Kultur aber auch ein wunderschönes Erbe hinterlassen.

Unsere Kultur ist der Stoff, aus dem die Träume der folgenden Generationen gemacht sind. Setzen wir diese Eigenschaften ein, um kreativ und innovativ zu sein und dafür Bildung, Wissenschaft und Forschung massiv aufzurüsten. Diese Dinge sind langfristig viel wirksa-

mer als Raketen oder Drohnen. Setzen wir unsere Kultur dafür ein, partnerschaftliche Vereinbarungen mit allen anderen Teilen der Welt abzuschließen und damit Europa in dieser unruhigen Welt als Gestalter sowie als stabilen und verlässlichen Pol zu positionieren. Wer sonst könnte das noch auf der Welt, wenn nicht wir Europäer?

Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Bewegung Österreich EBO und der IWS

Die Österreichische Schizophrenie

Wir alle wollen die Vorteile der Demokratie, aber sie ist kein Selbstläufer, sondern verlangt Engagement

Immmer mehr wird vom Staat und damit von der Politik gefordert.

Zugleich klagen wir über zu viel Bürokratie, Beamte und zu hohe Steuern. Es wird bei Politikern interveniert, wenn es um Jobs für Kinder, Freunde und Bekannte geht. Zugleich klagen wir über Protektion und Freunderlwirtschaft.

Es wird über das Sterben der Geschäfte in den Ortszentren getrauert, aber eingekauft wird im Einkaufspark am Stadtrand. Viele klagen über den Bodenverbrauch, aber ein Häuschen am Waldrand wäre schon ideal.

Lkw-Transporte sind pfui, sagen viele, aber das Amazon-Paket muss rasch und pünktlich ankommen. Für mein Auto eine neue Straße, ja überall, aber nur nicht, wo ich selber wohne. Ich will für meine PV- oder Windstrom-Anlage hohe Einspeisetarife, aber den dazu erforderlichen Netzausbau sollen andere bezahlen.

Jeder will sichere Pensionen, aber Produktionsbetriebe, die Steuern und Sozialabgaben generieren -

bitte nicht in meiner Nachbarschaft. Kritischer Journalismus ist wichtig, aber dafür bezahlen - sicher nicht. Politik ist ein „schmutziges Geschäft“, aber wenn ein Problem auftaucht, muss ein(e) Politiker(in) helfen.

Alle wollen wir die Vorteile der Demokratie, aber manchen Menschen ist das Wählen alle fünf Jahre schon zu viel.

Erinnerungen wachhalten

Die Erinnerung an Zeiten, in denen Menschen im Kampf für Parlamentarismus, Freiheit und Demokratie gestorben sind, verblassen immer mehr. Seit 80 Jahren Frieden, seit 70 Jahren Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Österreich ist ja eh ein Automatismus und Selbstläufer, der für viele Zeitgenossen keinen Antrieb mehr braucht.

Kein Wunder, dass auch weltweit die offene Demokratie als staatliches Organisationsprinzip immer mehr in die Defensive gerät.

(OÖNachrichten Leserbrief vom 22.8.2025)



Autor IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel

Foto: IWS



Die Planung der neuen Donaubrücke Mauthausen steht geradezu symbolhaft für Verfahrens-Verschleppung, viele UVP Verfahren dauern endlos. F: Land OÖ / Geo Consult Wien

Raschere UVP-Verfahren als Turbo

Schnellere Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sieht die IWS als Turbo für Klima- und Energiewende. Österreichische Alleingänge zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit müsse man vermeiden.

„Verfahrens-TURBO“ für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Ein „Fünf-Punkte-Konzept für raschere UVP-Verfahren“ hat eine Delegation der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) der Bundesregierung in Wien überreicht. Das Konzept wurde auf Initiative von IWS-Präsident Christoph Leitl von einer Arbeitsgruppe aus hochrangigen Verfassungs- und Verwaltungsjuristen sowie Unternehmern unter der Leitung von Landeshauptmann-Stv. a. D. Franz Hiesel in mehreren Workshops erarbeitet. „Die Verzögerung mehrerer Großprojekte durch überlange UVP-Verfahren nagen nicht nur an der Glaubwürdigkeit der Politik, sondern beschädigen auch das Vertrauen in die Demokratie als effizientes staatliches Organisationsprinzip“, stellte IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel fest. Beispiele dafür seien die Donaubrücke Mauthausen, die 110-kV-Leitung von Freistadt nach Bad Leonfelden oder der Linzer Westring (A 26). Durch die langwierigen Verfahren werde dem Wirtschaftsstandort Oberös-

terreich enormer Schaden zugefügt und die Milliarden-Mehrkosten belasten die öffentlichen Budgets sowie beim verzögerten Netzausbau die privaten Haushalte.

Konkret werden fünf Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Kumulierungsregelung nach Vorbild des deutschen UVP-Gesetzes. Somit eine praxisgerechte Vereinfachung der UVP-Feststellung, um dem Vertragsverletzungsverfahren zum UVP-Gesetz entgegenzuwirken.
2. Verstärkte Anpassung an die Aarhus-Konvention und Union-Rechts. Somit Aufhebung der derzeit weit überschießenden Einspruchsmöglichkeiten zulasten der Verfahrensdauer.
3. Bei Umweltorganisationen: Mehr Transparenz Offenlegung von Großspenden.

4. Bei Bürgerinitiativen: Zeitgemäße Regelungen über ihre Bildung - Gründung nicht „an der Haustüre“, sondern ähnlich wie bei Volksbegehren.
5. Erleichterungen von Investitionen durch mehr Flexibilität bei Ausgleichsmaßnahmen, um für Projektwerber die wesentlich verschärften Bedingungen durch Renaturierungsverordnung auszugleichen.

„Es ist höchste Zeit, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und das Umweltverträglichkeitsgesetz zu vereinfachen, mit dem Ziel, für Projektwerber mehr Rechtssicherheit und Planbarkeit zu schaffen. Konkrete Vorschläge gibt es jetzt genug. Die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ unterstützt den Bundesgesetzgeber bei der Umsetzung“, so Hiesel und Kneifel.

Ohne Verfahrensbeschleunigung würde der Schaden für Betriebe, Beschäftigte und für den ganzen Wirtschaftsstandort OÖ noch größer werden – nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation, in der das Land und die Betriebe dringend Investitionen brauchen. Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer und ÖVP-Klubobmann August Wöginger dankten für diese IWS-Expertise und kündigten an, das Konzept in den Beratungen zum Gesetz einfließen zu lassen.



IWS-Spitze bei Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer mit dem UVP-Papier zu Vereinfachungsvorschlägen. F: IWS

Fünf Punkte für einen Aufschwung am Standort Oberösterreich

Oberbank-GD Franz Gasselsberger mit Anregungen für ein neues Mindset

1) Lust auf Zukunft

Zuallererst brauchen wir ein klares Zukunftsbild, eine Strategie, wohin die Reise gehen soll. Das vermisste ich aktuell, es fehlen die großen Visionen und Ziele. Dabei ist gerade die Budgetmisere auch eine Riesenchance, endlich tief greifende Reformen anzugehen. Viele Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch, Föderalismusreform, Pensionsreform etc. Es braucht jetzt endlich den Mut, die Dinge anzugehen und es der Bevölkerung gut zu erklären.

2) Investoren brauchen Sicherheit und langfristige Planbarkeit

Die beste Investitionsförderung ist ein sanierter Staatshaushalt, die Staatsausgaben müssen unter 50 % gedrosselt werden. Das ist ganz ein wichtiges Signal an die Wirtschaft, aber auch an die Bevölkerung, dass man an den Strukturen arbeitet. Das

gibt Planungssicherheit und wird von Investoren positiv beurteilt. Nur so gewinnt man den nötigen Spielraum für die notwendigen Reformen.

3) Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen

Wir dürfen unseren Wirtschaftsstandort auch nicht kleinreden! Wir haben einen stabilen Rechtsstaat und damit Planbarkeit und Berechenbarkeit. Die ganze Welt beneidet uns um unser gut ausgebildetes, qualifiziertes Personal. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt, 70 % unserer Exporte gehen in den EU-Raum. Das ist eine Riesenchance, die wir auch nutzen müssen.

4) Wir müssen alles dafür tun, dass Unternehmenszentralen im Land bleiben

Damit sichern wir nicht nur hochwertige Arbeitsplätze, es profitiert der gesamte Standort, die Zulieferer - ein

Commitment zur Region. Dazu gehören natürlich auch die unabhängigen, eigenkapitalstarken Banken, denen der Wirtschaftsstandort Oberösterreich am Herzen liegt, die in der Region für die Region entscheiden und in der Lage sind, das Wirtschaftswachstum zu finanzieren.

5) Höchste Wertschätzung für arbeitende Menschen

Unser Wohlstand beruht auf Arbeit und Leistung! Das muss wieder ins kollektive Bewusstsein zurückgeholt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen bereit sind, mehr und länger zu arbeiten, wenn sich das für sie auszahlt. Es geht aber nicht nur um steuerliche Aspekte. Arbeit bedeutet Lebensinhalt, heißt Eingebettetsein in ein soziales Umfeld und beschert Erfolgserlebnisse. Arbeit ist nicht die dunkle Seite des Lebens.



OBERBANK GD Franz Gasselsberger Foto: Joachim Haslinger

UNABHÄNGIGKEIT ERKÄMPFT

Hermann Bell hat 1984 die Unabhängigkeit der OBERBANK durchgesetzt. 2024 hat Franz Gasselsberger erfolgreich die Angriffe der UniCredit gegen die Drei Banken Gruppe abgewehrt. Damit bleibt die OBERBANK ein starker Partner für den Wirtschaftsstandort OÖ.

KONZEPTE FÜR OÖ

Kooperation als Entlastung für Gemeindekassen

Energie- und Infrastrukturkosten leeren die Gemeindekassen. Das müsste nicht so sein, wie Beispiele gelungener Kooperationen zeigen.

Hinter dem sperrigen Namen „Sport- und Freizeitanlagen GmbH“ verbirgt sich in Schwanenstadt so eine Konstruktion. Bürgermeister a. D. Karl Staudinger ist seit 1980 der Geschäftsführer und schafft es, dass die Gemeinde für ein umfassendes Sport- und Freizeitangebot jährlich nur 33.000 Euro Abgangsdeckung zuschießen muss. Dafür bekommt man neben dem Sportplatz auch noch eine Tennisanlage, Sauna, im Winter eine Kunsteisbahn und eine große Sporthalle. Eine Pumptrack-Bahn für den Radsport wurde kürzlich um 75.000 Euro errichtet und für zehn Jahre an die Gemeinde vermietet.

„Mit der GmbH sind wir vorsteuerabzugsberechtigt und die Stadt selbst muss keine Darlehen für die Anlagen aufnehmen“, erklärt Staudinger die Vorteile. Die Gastronomie in der Tennishalle ist verpachtet, auch die Sporthalle kann man für nur 40 Euro pro Stunde oder 500 für einen ganzen Tag mieten. Auf den Hallendächern läuft eine PV-Anlage, die den Eigenbedarf deckt und dazu noch Strom an die Gemeinde um nur 10 Cent pro Kilowattstunde liefert. Die Wärme kommt von einer Wärmepumpe, die

ihrerseits wieder an der PV-Anlage hängt. Sie versorgt auch die Mittelschule.

Eigentümer der Sportanlagen GmbH ist zu 67 Prozent die Stadt Schwanenstadt selbst, Anteile halten auch die lokale Sparkasse und einige Vereine.

Neben dem Geschäftsführer mit einer bescheidenen Aufwandsentschädigung kommt man mit einer Halbtagskraft für die Reinigung aus. Als Eismeister fungiert im Winter ein Nebenerwerbslandwirt und um den Schlittschuhverleih kümmert sich die Sport-Union. Der Gesamtumsatz der Gesellschaft liegt bei rund 130.000 Euro pro Jahr.

Kooperiert wird in Schwanenstadt übrigens auch beim Volksschulbesuch. Hier arbeiten Redlham, Niederthalheim, Püreth Pitzenberg, Rutzenham und Desselbrunn mit Schwanenstadt eng zusammen. „Ein mustergültiges Modell, wie Gemeinden effizienter werden und ihre Kosten senken können“, sagt IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel.



GF Bgm. a. D. Karl Staudinger Foto: privat

Hallenbad gemeinsam für ganzen Bezirk

Haslach an der Mühl betreibt das gemeinsame Hallenbad für den ganzen Bezirk Rohrbach. Bürgermeister Dominik Reisinger erklärt, wie es dazu kam und welche Vorteile das Kooperationsmodell bringt.

Was war die Motivation für die Zusammenarbeit?

Das Hallenbad Haslach hat 40 Jahre die Funktion als Bezirkshallenbad übernommen. Sanierungsbedürftig und für Haslach alleine unfinanzierbar, musste es 2012 geschlossen werden. Für mich war aber klar, dass es ein Hallenbad im Bezirk Rohrbach braucht. Das wurde 2015 auch durch die Bäderstudie des Landes OÖ und eine Unterschriftenaktion mit mehr als 3.000 Unterschriften bestätigt.

Welche Hindernisse mussten überwunden werden?

Zum einen, alle Gemeinden im Bezirk davon zu überzeugen, dass ein Bezirkshallenbad von der öffentlichen Hand bereitzustellen ist. Zum anderen, ein solidarisches Finanzierungsmodell für die Errichtung des Bades zu finden.

Ist diese Kooperation heute ein Erfolg?

Es war von Anfang an klar, dass dieses Herzensanliegen nur mit Beteiligung

aller Bezirksgemeinden realisierbar sein wird. Dieser Schulterschluss über Parteigrenzen hinweg ist der Schlüssel zum Erfolg und in Österreich einzigartig. Unser Hallenbad ist ein Vorzeigeprojekt in Sachen gelebter Solidarität.

Können sie auch anderen Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften und Kooperationen – gerade in Zeiten knapper Finanzen – raten?

Solche Projekte machen dort Sinn, wo es durch Effizienzsteigerung zu Kostenreduktionen bei gleichbleibender oder sogar besser Qualität kommt. Oder anders gesagt, es darf für die Gemeindebevölkerung zu keiner Verschlechterung bei der Serviceleistung der Gemeinden kommen. Ebenso darf die in der Verfassung verankerte Gemeindeautonomie dadurch nicht untergraben werden. Es gibt durchaus positive Beispiele, an denen man sich orientieren kann.



Bgm. Reisinger, SP



Gemeindebund Präsident Bgm. Christian Mader (l.), Dir. Franz Flotzinger und IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel Foto: OÖN

Fünf Gemeinden teilen sich Amt und Schule

„fünf Plus“ im Bezirk Vöcklabruck: Gemeinsame Verwaltung bringt Vorteile im Bürgerservice

„fünf PLUS“ gilt als Musterbeispiel einer Gemeindekooperation in Oberösterreich. Oberndorf, Pitzenberg, Pühret und Rutzenham hatten schon länger eine Verwaltungsgemeinschaft, 2020 kam dann auch Schlatt dazu. „Das Verwaltungszentrum für alle ist in Oberndorf, durch mehr Mitarbeiter ergeben sich auch mehr Amtsstunden und eine einfachere Organisation“, sagt Gemeindebund-Präsident Christian Mader, der selbst als Bürgermeister von Schlatt mit an Bord ist.

Insgesamt kommen die fünf Gemeinden auf rund 4500 Einwohner, für die es jetzt einen Amtsleiter und Stellvertreter gibt. Mader sieht den Vorteil weniger in finanziellen Einsparungen als vielmehr im besseren Bürgerservice. Inhaltlich profitiere man

auch von der Kooperation, weil in den Ausschüssen mehr Fachwissen zur Verfügung stehe.

Jüngster Entwicklungsschritt ist eine Kindergarten-Gemeinschaft mit sieben Gruppen aus der ganzen Region: „Sonst hätte jede Gemeinde einzeln ihren Kindergarten ausbauen müssen und in ein paar Jahren wäre er dann zu groß, weil es irgendwo zu wenig Nachwuchs gibt“, so Mader. Im Verbund gleicht sich das eher aus und seit Anfang September ist die „Wolke 8“ bereits im Betrieb. „Die meisten Kinder werden im Bus gebracht, die Anfahrtswege ändern sich kaum und mit mehr Personal können wir auch attraktivere Betreuung- und Arbeitszeiten anbieten“, so Mader.

Baurecht aus einer Hand für fünf Gemeinden

Vor bald 10 Jahren haben die Gemeinden Adlwang, Bad Hall, Pfarrkirchen, Rohr im Kremstal und Waldneukirchen beschlossen, gemeinsam die Baurechtsverwaltung Kurbezirk Bad Hall zu gründen. Nachdem Rohr vor dem geplanten Beitritt 2020 den Beschluss revidiert hat, wurde 2023 die Gemeinde Schiedlberg in die Verwaltungsgemeinschaft aufgenommen.

Während früher drei Sachverständige zu fünf Gemeinden kamen, kommt nun ein zugeteilter Sachverständiger beinahe jede Woche. Archivierte Bauakten wurden übernommen, aktuelle können die Bürgermeister digital signieren.

Mittlerweile haben sowohl die Erfahrungen als auch eine Prüfung durch den Landesrechnungshof gezeigt, dass die Ziele voll erfüllt werden konnten und die Baurechtsverwal-

tung Kurbezirk Bad Hall eine kommunale Erfolgsstory ist.



Bgm. Bernhard Ruf, VP, aus Bad Hall F: ÖVP Bad Hall

Bonus-Malus System im Gesundheitswesen

LH-Stv. Haberlander für Anreizsystem beim Einhalten von Gesundheitszielen - Hotline 1450 soll Spitäler entlasten

Ich bin eine Befürworterin eines Bonus-Malus-Systems“, sagte Gesundheitsreferentin LH-Stv. Christine Haberlander im OÖNachrichten-Interview. „Wenn ich Eigenverantwortung übernehme, einen gesunden Lebensstil pflege, ich mit meinem Arzt Gesundheitsziele vereinbare und erfülle, mich an die Überweisungskette halte, beginnend mit einem Anruf bei 1450, dann soll es Vorteile geben. Die können von Beitragsreduktionen bis zu Steuerentlastungen oder Gutscheinen reichen. Da sind der Fantasie der Bundesregierung keine Grenzen gesetzt.“ Es zeichne sich bereits ab, dass im Landtagswahlkampf 2027 Gesundheit und lange Wartezeiten auf Operationen ein wichtiges Thema sein würden.

Oberösterreich ist das Bundesland mit den wenigsten Kassenarzt-Stellen, 59 Ärzte fehlen und es wird weiter abgebaut. Die Gesundheitskasse muss sich stärker als Versicherung verstehen, die den Beitragszahlern verpflichtet ist. Die Schwäche im niedergelassenen Bereich hat einen Ausbau der Spitäler von 19.300 Beschäftigten im Jahr 2016 auf rund 28.800 im Vorjahr erzwungen.

Der Ausbau der Gesundheitshotline 1450 als Check-in für alle Spitäler soll diese entlasten, so Haberlander weiter: „Wir haben allein in Oberösterreichs Krankenhäusern dreieinhalb Millionen Patientenkontak-

te pro Jahr. Das heißt, ich habe dreieinhalb Millionen Geschichten zu erzählen. Im niedergelassenen Bereich haben wir ähnliche Daten.“ Es gehe darum, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und nicht dieselben Daten mehrmals zu erheben. Der Arzt solle sich gleich um die Behandlung kümmern können.

Wirkt ein Anreiz?

Ob Anreizsysteme im Gesundheitswesen allerdings den gewünschten Effekt haben, wird oft angezweifelt: In Österreich am längsten Erfahrung mit einem Anreizsystem hat die Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS). Diese stand (damals noch als SVA) 2012 nach einer vom damaligen Wirtschaftskammer-Präsidenten Christoph Leitl initiierten Umfrage vor der Entscheidung, höhere Beiträge für die Krankenversicherung zu verrechnen oder weiter einen 20-prozentigen Selbstbehalt bei Behandlungskosten zu verlangen.

Die Mehrheit der Versicherten sprach sich für Weiterentwicklung des Selbstbehaltensystems aus. Diesen können die Versicherten seither halbieren, wenn sie Gesundheitsziele erreichen, also ihr Gewicht halten, nicht rauchen und nicht übermäßig Alkohol konsumieren. Chronisch Kranke und Krebspatienten sind laut SVS von Selbsthalten befreit.

Auf fünf Prozent kann der Selbstbehalt reduziert werden, wenn der



Gesundheitsreferentin LH-Stv. Christine Haberlander tritt für Selbstbehalte und Anreize ein.

Foto: Weibold

Versicherte einen weiteren SVS-Kunden zu Vorsorgeuntersuchungen animieren kann, heißt es in Informationen der SVS.

Der Obmann der SVS, Peter Lehner, steht nach wie vor zu dieser anreizbasierten Lenkung. Zusätzlich zur Halbierung des Selbstbehalts

zahlt die SVS, in der heute Bauern, Unternehmer und Selbstständige sowie deren Angehörige krankenversichert sind, auch antragslos Boni aus. Lehner berichtet von 100 Euro, die es für die Versicherten gibt, wenn bestimmte Krebsvorsorgeuntersuchungen gemacht und die entspre-

chenden Arztrechnungen vorgelegt werden.

Auch für Bewegung mit zweimal wöchentlichen muskelkräftigenden Übungen (Kurse, Seniorentanz, Lauftraining) oder andere Maßnahmen gibt es – in diesen Fällen auf Antrag – einen Gesundheitshunderter.

Holpriger Start der neuen IT:U Standort mit Symbolkraft

Die IT:U sucht immer noch ihren Standort. Wie sehen Sie die Entwicklung?

Der Großraum Linz hat einige hervorragende Standorte. Jeder mit einem eigenen Reiz und einer eigenen Chance für einen einmaligen Impuls: gemeinsamer Campus mit der JKU (Stichwort: Sparen durch gemeinsame Infrastruktur und kritische Masse), Softwarepark Hagenberg (Stichwort: Dort funktioniert Forschung – Lehre – Firmen schon seit über 30 Jahren.), neben dem Ars Electronica Center (Stichwort: an der Donau, in der Stadt, einmaliger Impuls für Linz, Interaktion mit Kunstszene), Bildungscampus Leonding (Stichwort: fast unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeit mit ausgezeichnete Verkehrsanbindung). Es sollte der Standort mit

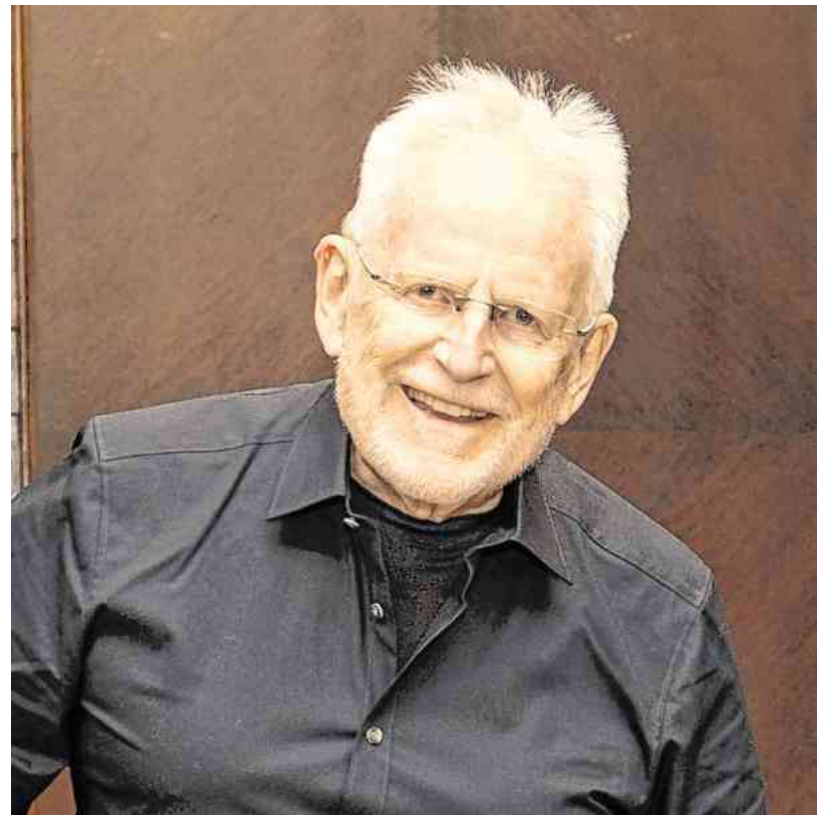
der größten Originalität und Impulskraft für die Region und der größten internationalen Attraktivität werden und nicht der mit dem geringsten Widerstand. Das wäre wieder eine vertane Chance. Das Argument der neuen Hochwasserschutz-Verordnung gegen den Standort neben dem AEC ist meines Erachtens nicht schlagend, weil man hier ein Zeichen künstlerisch und technisch innovativer, geeigneter Architektur setzen könnte. Wir haben ja Weltklasse-Architekten in Österreich, insbesondere Oberösterreich!

Strukturell sollte die IT:U eine eigenständige Universität neben starken digitalen Kompetenzen von JKU-Instituten und auch noch Hagenberg sein. Geht sich das aus?

Logisch nicht, faktisch ja! Es geht jetzt darum, wie man die „vom Himmel gefallen“ bzw. durch den Ruf und die bisherige Arbeit der JKU und des Softwareparks begründbaren Mittel in der nun einmal gewählten Struktur einer eigenständigen Universität am besten für die Stärkung des wissenschaftlichen / technologischen und wirtschaftlichen Zukunftspotenzials Oberösterreichs, Österreichs und Europas einsetzt. Hier sollte nicht „more of the same“ passieren, sondern Inhalte und Organisationsformen entwickelt werden, die gegenüber JKU, Softwarepark, FH, AEC etc. etwas Neues bringen. Da liegt die Verantwortung jetzt ganz bei der Leitung und den Professoren der IT:U und bei der Politik, den akademischen Einrichtungen und der Wirtschaft in Oberösterreich, damit wir alle jetzt gemeinsam beherzt, gemeinsam und „ohne Blick zurück“ auf den holprigen Anfang den eingeschlagenen Weg zum Erfolg führen. Vonseiten des von mir seinerzeit in Hagenberg gegründeten JKU-Instituts RISC (Research Institute for Symbolic Computation) z. B. finden dazu bereits die ersten intensiven Kooperationen zum Thema „Symbolic Computation und KI“ mit der IT:U statt.

Wenn Sie die Ambitionen vor fünf Jahren mit dem heutigen Stand an Lehre, Forschung und Studierenden-Zahlen betrachten, welches Zeugnis würden Sie der IT:U ausstellen?

Meine Rolle sehe ich wie immer in der Mitarbeit bei der Gestaltung der Zukunft und nicht beim Ausstellen von Zeugnissen. Der holprige Start, der drei Jahre gebraucht hat, liegt nicht in der Verantwortung des jetzigen IT:U-Teams. Die Aufbauarbeit, die dieses



Bruno Buchberger

Foto: Irina Scheitz

Team nun in zwei Jahren geleistet hat, lässt sich durchaus sehen und bringt auch klar erkennbare neue Impulse in die oberösterreichische Landschaft:

1. Forschung und Lehre an konkreten Projekten mit der (österreichischen und internationalen) Wirtschaft.

2. Multidisziplinarität der Projekte, in denen Lehrende und Studierende mit Hintergrund in verschiedensten Disziplinen mit Lehrenden und Studierenden mit IT-Hintergrund zu einer Innovationsgruppe verschmelzen.

3. ein vibrierender, jugendlicher, internationaler Arbeits- und Lebensstil, der die Lehrenden und Studierenden in einem Magma in der Mitte der Organisation vereint. Diese einmalige Atmosphäre wird sofort spürbar, wenn man die IT:U (in den jetzigen provisorischen Räumen am JKU Campus) betritt.

4. eine systematische, intensive weltweite Aktivität zur Anwerbung internationaler Studierender und Lehrender. Dass in nur zwei Jahren eine internationale Professorenschaft von über zwanzig Personen und eine Kohorte von ca. zwanzig Doktoratsstudenten stabil steht und sich über 300 internationale Interessenten für das Masterstudium beworben haben, sind starke, nicht selbstverständliche Erfolge, die zu großer Hoffnung Anlass geben.

Im Zentrum aller wissenschaftlich-technischen Innovationen steht die „mathematische Denkkraft“, auch wenn man dieses Vokabel heute nicht mehr gerne hört. Ob eine so stark projektorientierte Ausbildung auch die für Zukunftsflexibilität so wichtige mathematisch-algorithmische Software-Spitzenausbildung mitliefert, wird man allerdings erst in ein paar Jahren beurteilen können.



Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs

Foto: Kronaus Mitterer Architekten

WIRTSCHAFT

Geldnot in Gemeinden schadet Unternehmen

200 Millionen Euro mehr pro Jahr durch Änderung der Landesumlagen

Um die Gemeindebudgets wird jetzt auch auf Landesebene heftig gerungen. SP-Obmann LR Martin Winkler fordert eine Angleichung der Landesumlagen an den Durchschnitt aller anderen Bundesländer, das würde pro Jahr 200 Millionen Euro mehr in die Gemeindekassen spülen. Oberösterreich sei ein wohlhabendes Bundesland, aber bereits 2025 könnten 200 von den 438 Gemeinden ihre Budgets nicht mehr ausgleichen und 2026 würden es noch wesentlich mehr sein, so Winkler.

Ausbluten der regionalen Wirtschaft

„Die Gemeinden sind verlässliche Partner der Betriebe im ländlichen Raum und vergeben ihre Aufträge überwiegend an lokale Unternehmen. Wer die Gemeinden kurz hält, schadet der regionalen Wirtschaft in Oberösterreich. Es sind lokale Baufirmen, Zimmereien, Tischlereien, Dachdecker, Elektriker und Installateure, die von kommunalen Investitionen profitieren. Auch die oberösterreichische Firma Rosenbauer verdient an den Ausgaben im Feuerwehrwesen. Ebenso profitieren regionale Betriebe von den Förderungen für Vereine“, so Winkler.

Gemeinden als wichtige Auftraggeber

Winkler erneuert seine Forderung, die Summe aller Landesumlagen am österreichischen Durchschnitt der anderen Bundesländer auszurichten. „Wären die Umlagen fair gestaltet, hätten die Gemeinden in Oberösterreich laut Berechnungen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) jährlich über 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Mit diesen Mitteln könnten sie ihre Aufgaben wieder aktiv wahrnehmen und einen regionalen Wirtschaftsturbo zünden. Denn genau das brauchen wir jetzt: Mehr Ausgaben und Investitionen auf Gemeindeebene für unsere regionale Wirtschaft!“



Winkler fordert mehr Geld aus dem Landhaus für die Gemeinden. Foto: Weibold

Winkler warnt schon jetzt vor den demokratiepolitischen Folgen einer verfehlten Finanzpolitik. Die Abhängigkeit der Gemeinden vom Land gefährde die in der Verfassung verankerte Gemeindeautonomie. Sollte die FPÖ die nächsten Landtagswahlen gewinnen, sieht Winkler bis zu 300 Gemeinden in ihrer Unabhängigkeit bedroht. Landes-Subventionen wurden bisher zu sehr „mit der Gießkanne“ verteilt und hätten daher keinen nachhaltigen Effekt.



SPÖ-Landesobmann Martin Winkler Fotos: Weibold

Ein Tag als Bundeskanzler

Die IWS hat Unternehmer gefragt, was sie als Bundeskanzler zu allererst tun würden hier Auszüge aus zweier Antworten:

(Fotos: Weibold/OÖN,Ludwig Pullirsch)



Gesetze vereinfachen, Energiewirtschaft regulieren, Unternehmen entlasten, das Gesundheitswesen reformieren und Infrastruktur ausbauen, dann schafft Österreich den Aufschwung.“

Karl Hasenöhr, Bauunternehmer



Ich würde als BK umgehend das Projekt Donau-Brücke Mauthausen umsetzen. Ein positiver UVP-Bescheid sollte die entsprechende rechtsgültige Grundlage für den raschen Baubeginn sein! Nachträgliche Einwände sollten keinen Bauaufschub bringen können.“

Leonhard Helbich-Poschacher, MBA, PBH Holding GmbH



Paul Rübig: Daten-Eigentum in Zeiten der KI Anwendung

Das exponentielle Datenwachstum verlangt neue rechtliche, ethische und technologische Rahmenbedingungen, um KI verantwortungsvoll und fair zu gestalten. Nur durch internationale Zusammenarbeit, innovative Lizenzmodelle und partizipative Systeme kann ein nachhaltiges, gerechtes Datenökosystem entstehen.

Das ständig wachsende Datenvolumen bietet sowohl beispiellose Chancen als auch komplexe Herausforderungen, die innovative Lösungen erfordern. Um das Potenzial der künstlichen Intelligenz voll auszuschöpfen, müssen wir uns mit kritischen Fragen rund um Datenhoheit, ethische Praktiken und globale Handelsvorschriften auseinandersetzen.

Daten sind in der Tat das neue Öl, aber im Gegensatz zu Öl sind sie unendlich reproduzierbar und entwickeln sich ständig weiter. Alle zwei Jahre generieren wir mehr Daten als in der gesamten bisherigen

Menschheitsgeschichte. Dieses exponentielle Wachstum erfordert einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie wir Daten wahrnehmen und verwalten, und geht über



Paul Rübig Foto: IWS

traditionelle Modelle von Eigentum und Kontrolle hinaus.

Die Zukunft hängt von unserer Fähigkeit ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht nur Anreize für die kommerzielle Nutzung bieten, sondern auch ethische Grundsätze wahren und einen gerechten Zugang gewährleisten.

Wem gehören Daten, die eine KI generiert hat?

Die zentrale Herausforderung besteht darin, das Eigentum an Daten im Zeitalter der KI zu definieren. Wem gehören die von Algorithmen generierten Daten? Wer ist für ihre ethische Nutzung verantwortlich? Das traditionelle Konzept des Eigentums wird unscharf, wenn Daten auf eine Weise aggregiert, transformiert und genutzt werden, die ursprünglich nie vorgesehen war.

Die zentrale Herausforderung besteht darin, das Eigentum an Daten im Zeitalter der KI zu definieren.

Quantenpower für Oberösterreich

Quantentechnologien entwickeln sich zu einem zentralen Treiber für den nächsten Innovationschub in der Industrie und eröffnen so enormes Potenzial für den Produktions- und Technologiestandort Oberösterreich. „Daher haben wir Quantencomputing auch als zusätzliche Schlüsseltechnologie in unsere öö. Wirtschafts- und Forschungsstrategie #upperVISION2030 aufgenommen. Denn wir wollen bei diesem Zukunftsthema ganz vorne mit dabei sein“, betont Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner.

Ein neues Forschungsprojekt unter der Leitung des Software Competence Center Hagenberg (SCCH) soll Quantencomputing aus dem Labor in die industrielle Anwendung bringen, etwa für komplexe Optimierungsaufgaben.

(Foto: Land OÖ)





Der Flughafen Linz droht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, Anbindung zu internationalen Flugverkehrsdrehscheiben werden immer schlechter. F: Weihbold

Private Investoren für Flughafen?

Stelzer: Luftverkehrssteuer sollte vom Bund zu den Ländern wandern

In der Debatte um die Zukunft des Linzer Flughafens und die Flugabgabe (Luftverkehrssteuer) legte Landeshauptmann Thomas Stelzer kürzlich einen neuen Vorschlag auf den Tisch. „Regionalflughäfen dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Mit einer Verlängerung der Flugverkehrsabgabe könnten wir gezielt in die Attraktivität des Flughafens Linz investieren, den Wettbewerb beleben, neue Flugverbindungen sichern und damit den Wirtschaftsstandort Oberösterreich stärken“, sagte Stelzer. Er fordert, dass die Kompetenzen vom Bund auf die Länder übergehen sollen.

Wie berichtet, stellte Ryanair wegen hoher Abgaben und Steuern, Flugabgabe: zwölf Euro pro Passagier und Flug – drei Strecken in Wien ein. Ryanair würde in Österreich eine Milliarde US-Dollar investieren, wenn die Flugabgabe abgeschafft würde. Stelzers Forderung: Die Länder könnten mit den zweckgebundenen Einnah-

men Regionalflughäfen absichern, hätten aber auch die Möglichkeit, die Höhe der Abgabe (bis zum Verzicht darauf) selbst festzulegen und Wettbewerb zu ermöglichen. Laut Statistik Austria brachte die Steuer dem Staat zuletzt 168 Millionen Euro ein. Im Finanzministerium ist



LH Thomas Stelzer Foto: Land OÖ Mayrhofer

man skeptisch. Bei der Flugabgabe handelt es sich zudem „um eine gemeinschaftliche Bundesabgabe und es fließt ohnehin ein Drittel der Abgabe über die Ertragsanteile an die Länder“. Anders sieht man den Vorstoß in Linz. „Wir begrüßen die Initiative von Stelzer. Ein gewisser Gestaltungsspielraum bei der Luftverkehrsabgabe würde erheblich dazu beitragen, wieder attraktiver für die Fluggesellschaften zu werden“, sagt Norbert Draskovits, Geschäftsführer des Flughafen Linz. Ähnlich Flughafen-Marketingleiter Ingo Hagedorn: „Die Fluggesellschaften kritisieren, dass die Luftverkehrsabgabe zu hohen Standortkosten in Österreich führt. Die Konsequenz ist, dass sich Fluggesellschaften aus Österreich zurückziehen und Strecken in Länder verlegen, in denen keine oder eine niedrigere Luftverkehrsabgabe eingehoben wird.“ Dies ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für die österreichischen Flughäfen.

Ryanair-Manager Andreas Gruber sagte dazu: „Wir begrüßen jede Maßnahme, die hilft, überhöhte und schädliche Zugangskosten in Österreich zu reduzieren.“

Für Oberösterreich sei der Flughafen Linz unverzichtbar, sagt Stelzer, „als Tor für die exportorientierte Industrie, den Tourismus und als Standortfaktor“. Mögliche Privatisierung? In einem Schreiben an die OÖN bringt Manfred Zorn, IV-Mitglied und Geschäftsführer von SMW Metallverarbeitung in Adlwang, eine mögliche Privatisierung des Flughafens ins Spiel. „Jene, die vom Flughafen profitieren, wie die großen Unternehmen, sollen aktiv Verantwortung übernehmen“, sagt Zorn. Sie könnten Anteilseigner werden, wenn Stadt Linz und Land Oberösterreich über die nächsten acht Jahre „diesen Weg mit jeweils jährlich zwei Millionen Euro begleiten“. Voraussetzung sei außerdem eine öffentliche Anbindung. Auch andere Unternehmer wären laut Zorn schon mit an Bord.

3 Fragen an Anton Bucek

KommRat Anton Bucek ist langjähriger Flughafenfachmann und AR des Flughafens Klagenfurt und früher Salzburg.

■ Warum hat der Flughafen Hör-sching Probleme?

Alle Regionalflughäfen haben überall in Europa Probleme: a) Die Zubringerflugzeuge in der Kategorie unter 100 Sitze wurden von größeren Flugzeugen abgelöst, dadurch ist die Auslastung zu gering. b) Subventionen sind in der EU verboten. Die EU zerstört hier Infrastruktur, die einmal aufgegeben nie mehr aktiviert werden können. c) Linz hat den Vorteil, dass er eigentlich dem Verteidigungsministerium gehört, der zivile Flugbetrieb wird von der Flughafenbetriebsgesellschaft wahrgenommen. d) Die EU hat 27 nationale Luftlinienmonopole zerschlagen und 3 Systemairline-Oligopole sind übrig geblieben. e) Die AUA wurde zuerst von Kreisky/Streicher/Lauda schwer geschädigt.

■ Geografische Lage zwischen Salzburg, Schwechat und Budapest?

Ja, ist ein Problem, aber man hat versäumt, mit der Landestourismusgesellschaft rechtzeitig Incoming-Urlaubsgeschäft mit Veranstalter zu entwickeln.

■ Welche Maßnahmen könnten den Bestand wirtschaftlich absichern?

Zunächst die Akquisition von Incoming-Charter-Geschäft, eine kleine Luftfahrtgesellschaft für Flüge in einen Hub wie Frankfurt, Wien, Zürich, Paris, Amsterdam mit Interline-Abkommen für den Zubringerdienst in die Systeme der Linienoligopolisten finden oder gründen.

Meine Empfehlung für Linz: Parkplatz für Linienfluggäste gratis, Werbeaktion, wo nachgewiesen wird, dass Passagiere in Linz beim Security Check-in verwöhnt werden und Beschwerden nachgegangen wird. Besonderes Senioren-Service beim Check-in und der Sicherheitskontrolle, Linz als „Wohlfühl-Airport“ positionieren.

Immobilien: Leerstandsabgabe und Mietrechtsreform

■ Sie gelten als ausgewiesener Immobilienfachmann, wie lange beschäftigen Sie sich schon mit diesem Thema?

Seit 1972, als ich in einer Gemeinnützigen Genossenschaft als Hausverwalter tätig war, und ab den 1980er Jahren als selbstständig tätiger Bau-träger und Bauunternehmer, wobei ich viel Erfahrung besonders im Wohnbau und in der Wiederbelebung von denkmalgeschützten Objekten sammeln konnte.

■ Es gilt als zentrales Problem im Immobilienmarkt in Österreich, dass so viele Wohnungen leer stehen. Woran liegt das?

An den Rahmenbedingungen: einerseits im überbordenden Bürokratismus hinsichtlich Mietrechtsgesetzgebung und andererseits in der legalen Möglichkeit, mit Immobilien unge-niert zu spekulieren.

■ Wo müsste man Ihrer Meinung nach ansetzen, um Leerstände auf den Markt zu bringen?

Einerseits müsste man das Mietrecht komplett entrümpeln, sprich den Mietern und Vermietern viel mehr Gestaltungsfreiheit lassen. Andererseits müsste eine empfindliche Leerstandsabgabe eingeführt werden,

damit reines Spekulieren mit Immobilien und vor allem mit Wohnimmobilien aufhört.

■ Das Mietrechtsgesetz (MRG) ist ja über Jahrzehnte gewachsen mit dem Ziel, Mieter vor Übergriffen der Vermieter zu schützen. Ist es inzwischen zu komplex?

Ja diese Einschätzung hat was für sich. Das Mietrecht wurde nach dem 1. Weltkrieg im vorigen Jahrhundert vor allem zum Schutz der Kriegerwitwen geschaffen und wurde nicht nur beibehalten, sondern ist so komplex geworden, dass viele Hauseigentümer lieber einen Leerstand hinnehmen bevor sie sich dem Mietrecht aussetzen, und viele Investoren sich vom Wohnungsmarkt abwenden. Würden die Mieter und die Vermieter für mündig gehalten werden und könnten ihre Mietverträge außerhalb des Mietrechts selbstbestimmt vereinbaren, gäbe es keine Übergriffe von Vermietern gegenüber Mietern und auch nicht umgekehrt.

■ Stichwort Altverträge: Sollte man auch Mietverträge, die schon sehr lange bestehen, aufschnüren oder sollte man diese besser nicht antasten?

Nicht antasten! Bestehende Verträge

sollten im Sinne der Berechenbarkeit nicht angetastet werden.

■ Ein häufiger Streitpunkt sind Befristungen, könnte hier ein wenig mehr Eigenverantwortung für Mieter und Vermieter den Markt in Schwung bringen?

Das gilt nicht nur für die Befristungen, sondern auch für die Miethöhe, die Kündigungsbestimmungen, die Vereinbarung über die Betriebskosten, die Wertsicherung.

■ Derzeit gilt der Automatismus, dass Mieten mit der Inflation steigen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine Deregulierung nicht zu noch mehr Preisauftrieb führt?

Durch die Einführung einer entsprechenden Leerstandsabgabe. Dies hätte neben der zur Verfügungstellung von leer stehendem Wohnraum einen unglaublich hohen volkswirtschaftlichen Effekt. Weniger Flächenfraß, mehr Sanierung statt Neubau bedeutet wesentlich mehr Lohnanteil und weniger Materialaufwand und damit weniger Ressourcenverbrauch und mehr Lohnsteuern, weniger Infrastrukturkosten und vieles mehr. Es kann doch nicht sein, dass in Wien alleine 80.000 bis 100.000 Wohnungen leer stehen, weil wir nicht gegensteuern.

■ Hat es auch volkswirtschaftliche Nachteile, wenn der Wohnungsmarkt in einem so engen Korsett steckt?

Riesige Nachteile, alleine durch die exorbitant hohen Kosten für das Handling des Mietrechts. Durch die Aktivierung von Leerständen kann die vorhandene Infrastruktur von den Versorgungs- und Entsorgungsleitungen über den öffentlichen Verkehr bis zu den Straßen und Gehsteigen ohne Investitionen



Karl Weihartner Foto: IWS

der öffentlichen Hand genutzt werden.

■ Das Mietrecht weitestgehend abzuschaffen und eine hohe Leerstandsabgabe zu fixieren scheint zu bedeuten, politisch ein ziemlich dickes Brett zu bohren?

Ja, klar. Erstens geht politisch das eine (Leerstandsabgabe) nicht ohne das andere (Deregulierung des Mietrechts). Zweitens wäre es hier notwendig, rein zielorientiert vorzugehen. In der Kürze könnte so eine Zielsetzung drei Punkte beinhalten. Erstens Leerstand verringern, zweitens den Willen der Mieter und Vermieter, Vereinbarungen frei treffen zu können respektieren, drittens möglichst hohen volkswirtschaftlichen Nutzen ziehen.

■ Das klingt trotz der politischen Dimension als simples Programm. Gibt's dazu schon Detailüberlegungen?

Dazu gibt es sehr detaillierte Überlegungen. Einerseits welche Punkte es braucht, um den Schutz der Mieter zu gewährleisten, und andererseits um die Immobilienbesitzer nicht zu enteignen. Weiters gibt es auch über die volkswirtschaftliche Wirkung Berechnungen.

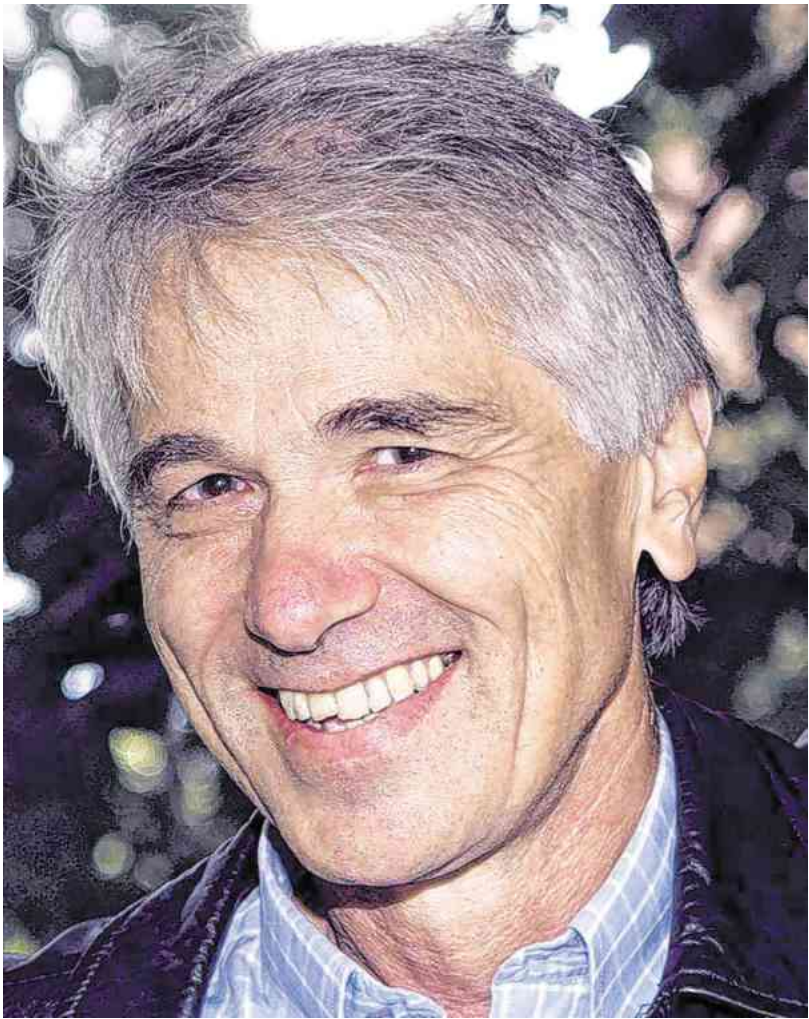
Marktwirtschaft und Demokratie

von Roman Obrovski

Soziale Marktwirtschaft nennen wir unsere Wirtschaftsordnung, weil sie die Prinzipien der freien Marktwirtschaft mit sozialen Zielen verbindet, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen. Es gibt einerseits Privateigentum und einen freien Wettbewerb, andererseits sorgt der Staat durch demokratisch beschlossene Gesetze für soziale Absicherungen.

Beispiele dafür sind etwa die Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Pflegegeld, Familienbeihil-

fen etc. Zusammengefasst: So viel freie Wirtschaft wie möglich und so viel Staat wie nötig. Denn es gilt immer: Alle sozialen Leistungen, die nach demokratischen Regeln im Parlament in Wien oder im Landtag verteilt werden, müssen zuerst im nationalen und harten internationalen Wettbewerb von den Betrieben verdient werden. Deshalb gilt umso mehr: Demokratie und soziale Marktwirtschaft sind Zwillinge. Beide sind Werte, die wir pflegen und schätzen sollen. Andere Länder beneiden uns darum.



Roman Obrovski, früher Chef des AMS Oberösterreich

Foto: sd



Übergabe der Broschüren an der HTL Steyr.

Foto: IWS Engelsberger

Gratis für oö. Schulen: Wirtschaft kurz erklärt

Broschüre für Unterricht

In unseren Alltag drängen immer mehr Begriffe aus der Wirtschaft, nicht alle sind immer klar verständlich und bekannt. Daher soll die Broschüre „Wirtschaft – kurz erklärt“, herausgegeben von der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ, Abhilfe schaffen und einen Beitrag zum besseren Verständnis von wirtschaftlichen Grundbegriffen leisten.

„Ergänzend zu den bereits vorhandenen Schulbüchern ist diese Broschüre ein hervorragendes Nachschlagewerk nach dem Motto: In der Kürze liegt die Würze“, stellte die Steyrer HTL-Direktorin Sandra Losbichler bei der Übernahme von 600 Büchern „Wirtschaft - kurz erklärt“, einer Spende der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS), fest. Die Höhere Technische Bundeslehranstalt in der Stadt Steyr ist mit knapp 900 Schülerinnen und Schülern sowie mehr als 120 Lehrpersonen eine der größten Schulen der Region.

IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel dankte für die Verwendung der in Kooperation mit der Bildungsdirektion OÖ entstandenen Broschüre im Unterricht: „Gerade in diesen Tagen geht es in den Medien

mehr denn je um Wirtschaft, Arbeit und Betriebe. Wer die wirtschaftlichen Begriffe versteht, kann kompetent argumentieren und mitreden.“

Die Steyrer Wirtschaftsstadträtin Judith Ringer unterstützt die IWS-Aktion: „Als Wirtschaftskammer-Obfrau bin ich überzeugt, dass es in den Schulen nie genug Wirtschaftswissen geben kann. Die AbsolventInnen der HTL Steyr sind ein wichtiger Faktor für die regionale Wirtschaft und da ist diese Broschüre eine wertvolle Hilfe im Unterricht.“

Eine von der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) beim Institut Spectra beauftragte OÖ-Studie hat ergeben, dass nicht einmal jeder zweite Befragte etwa die Begriffe Gewinn (46 Prozent), Export/Import (42 Prozent) oder Eigenkapital (41 Prozent) sehr gut erklären kann. Die Broschüre „Wirtschaft - kurz erklärt“, 96 Seiten, Universitätsverlag Trauner, wird vorrangig allen ARGE-Lehrpersonen an den mittleren und höheren Schulen für Unterrichtszwecke kostenlos angeboten.

Anforderungen via Mail unter traxler@iws0oe.at

Duale Akademie als Vorbild für Österreich

Oberösterreichisches Modell als praxisnahe Alternative zu einem Studium

Nach der Matura stellt sich meist die Frage: Studium oder doch gleich in die Praxis? „Mit der Dualen Akademie hat die Wirtschaftskammer Oberösterreich eine praxisorientierte Alternative zum Studium entwickelt“, erklärt WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer. Dieses Ausbildungsmodell richtet sich speziell an AHS-Maturant:innen, Studienabbrecher:innen sowie Berufsumsteiger:innen mit Matura und kombiniert Theorie und Praxis optimal.

471 Ausbildungsbetriebe

Doris Hummer: „313 Fachkräfte mit Lehrabschluss sind aus der Ausbildung bereits hervorgegangen. Allein in Oberösterreich nutzen 471 Betriebe das innovative Ausbildungsmodell, das es mittlerweile in ganz Österreich gibt.“

Lehrpläne auf Maturaniveau

Der Großteil der Ausbildung findet in einem der DA-Ausbildungsbetriebe statt. Die fachlichen Inhalte werden in Berufsschulkompetenz-

zentren vermittelt. Dort gelten eigene Lehrpläne, die an das Niveau der Matura angepasst wurden. Für die fachliche Vertiefung besteht eine Kooperation mit der FH Oberösterreich. Ergänzend werden in der Ausbildung auch berufsübergreifende Querschnittskompetenzen vermittelt.

Mit der „AMS 18+“-Förderung

erhalten Betriebe unter gewissen Voraussetzungen eine finanzielle Unterstützung, die den Trainees ein ansprechendes Einstiegsgehalt ermöglicht. Starten kann man die Duale Akademie jederzeit zwischen Mai und Mitte Februar des Folgejahres, was Flexibilität für Bewerber und DA-Ausbildungsbetriebe eröffnet. Nach einem weiteren Jahr Be-

rufserfahrung nach der Lehrabschlussprüfung besteht die Möglichkeit, das Validierungsgespräch für den wirtschaftlich anerkannten Abschluss „DA Professional“ auf NQR-Stufe 5 zu absolvieren. Mehr Infos unter dualeakademie.at



WKOÖ Präsidentin Doris Hummer

F: Buchinger/WKO

Impressum

OÖNachrichten

Medieninhaber: Wimmer Medien GmbH & Co KG, Promenade 23, 4010 Linz.

Hersteller: OÖN Druckzentrum GmbH & Co KG, Medienpark 1, 4061 Pasching.

Herausgeber: Ing. Rudolf Andreas Cuturi, MAS, MIM

Redaktion: Editorial Publishing, Peter Affenzeller

Verlag: 4010 Linz, Promenade 23, **Auftraggeber:** IWS, GF Gottfried Kneifel Für diese Sonderbeilage der OÖNachrichten wurden Druckkostenbeiträge geleistet. Es handelt sich gemäß § 26 MedG um „entgeltliche Einschaltungen“.

P.b.b. GZ 02Z032490M Verlagspostamt 4020 Linz, Donau